

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Medienkampagne zu Syrien](#)
2. [Dokumentation: Bundesregierung zur ‚Schutzzone‘ in Syrien](#)
3. [Gesundheitspolitik ist jetzt wichtiger als Wirtschaftspolitik](#)
4. [„Erhebliche Gefahr“ - Kanzleramt warnte Merkel früh vor der Pkw-Maut](#)
5. [Klimapaket verfehlt Klimaziel](#)
6. [Bürger empfinden Deutschland als extrem ungerecht](#)
7. [Vonovia macht Milliarden Gewinn](#)
8. [Skandal: DIE LINKE will Reiche erschießen!](#)
9. [Joe Bidens Erfolg erfreut Investoren](#)
10. [Enders und die Bombe](#)
11. [Defender Pacific: Gelder eingestellt](#)
12. [Warum tauchen die nächtlichen Polizei-Einsätze nicht im Protokoll auf?](#)
13. [Inhalte endgültig überwunden?](#)
14. [Neue Schullektüren in Ungarn: Imre Kertész ist aus dem Lehrplan gestrichen](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. Medienkampagne zu Syrien

a. Denk ich an Deutschland in der Nacht

Erdogan demonstriert seine militärische Macht und droht mit Krieg in Syrien.

Was denkt man in Deutschland dazu?

«Denk ich an Deutschland in der Nacht,

Dann bin ich um den Schlaf gebracht».

Diese Zeilen schrieb der deutsche Dichter Heinrich Heine im Jahr 1844. Wer in diesen Tagen die «Süddeutsche Zeitung» und einen Tag später den Zürcher «TagesAnzeiger» gelesen hat, der in der Auslandberichterstattung und -

kommentierung die Partner-Zeitung der «Süddeutschen» ist, der wird von Heinrich Heine nach 176 Jahren buchstäblich eingeholt: Ein Kommentar in dieser grössten Zeitung Bayerns kann einem eine schlaflose Nacht bescheren. Paul-Anton Krüger, seines Zeichens Stellvertretender Leiter des Ausland-Ressorts der «Süddeutschen Zeitung» SZ, publizierte am 28. Februar einen Kommentar zum jüngsten militärischen Vorpreschen Erdogans in Syrien. Doch wer erwartet hatte, dass er den völkerrechtswidrigen Waffengang der türkischen Armee in Syrien verurteilte oder wenigstens bedauerte oder zu erklären versuchte, sah sich getäuscht. Für Krüger ist die Türkei als NATO-Partner «der Verbündete» und die Türkei – wörtlich – «steht auf der richtigen Seite»! Und wie sollen die USA und Europa nun reagieren? Die Augen verschliessen oder wegschauen, weil Erdogan ja «auf der richtigen Seite» steht? Paul-Anton Krüger weiss, wer der Schuldige ist und wer bestraft werden muss: Russland. Das war der «Süddeutschen Zeitung» sogar die Headline dieses Kommentars wert: «Harte Sanktionen gegen Moskau sind nötig».

Quelle: [Infosperber](#)

- b. **Die EU und die Lage in Idlib: Ohne Putin und Erdogan geht es nicht**
Putin und Erdogan sind die Kriegstreiber in Syrien, aber die EU muss nicht tatenlos zusehen. Zumindest die geflohenen Kinder müssten innerhalb der EU in Sicherheit gebracht werden.

Quelle: [Tagesschau](#)

***Anmerkung Albrecht Müller:** Unglaublich, wie dreist man bei der ARD Unwahrheiten verbreiten kann.*

- c. **Erdogan und die Flüchtlinge - Erpressung oder Notwehr?**

Quelle: [Maybrit Illner](#)

***Anmerkung JK:** Auch hier wieder Manipulation. Als Gast in der Runde Kristin Helberg, die als „Nahost-Expertin“ vorgestellt wird aber klar die Regime Change Politik des „Westens“ vertritt, also die Politik, die das Flüchtlingseleid letztendlich ausgelöst hat und immer wieder in den öffentlich-rechtlichen Sendern die entsprechenden Kriegspropaganda verbreiten darf.*

Siehe dazu auch: Eskalation in Idlib: Deutschland muss syrische Flüchtlinge retten

Das syrische Regime begehe bei seinem Vormarsch auf Idlib massive Kriegsverbrechen, kommentiert Kristin Helberg. Gezielte Strafmaßnahmen gegen die Verantwortlichen seien das Mindeste, was Europa tun sollte. Und

Deutschland sollte per Kontingent die am meisten gefährdeten syrischen Flüchtlinge retten. [...]

Offiziell bekämpfen Assad und Putin in Idlib die Dschihadistenmiliz HTS - Hayat Tahrir al-Sham - die die Provinz militärisch kontrolliert und Zivilisten wie Aktivisten drangsaliert. In Wirklichkeit geht es jedoch um die Vertreibung ihrer Bewohner, die Assad nicht haben will, weil sie seine Herrschaft infrage stellen. Deshalb bombardieren syrische und russische Flugzeuge Wohngebiete, Krankenhäuser, Schulen und Marktplätze.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

***Anmerkung JK:** Hier ist fast schon witzig, welche absurden Verdrehungen und Lügen bezüglich der Situation in Syrien von den Propagandisten produziert werden. Einmal bombardiert Putin Idlib, da er Flüchtlingswellen auslösen will, die die EU destabilisieren soll. Dann bombardiert Assad Idlib, da er die ihm angeblich feindlich gesonnene Bevölkerung außer Landes treiben will.*

2. **Dokumentation: Bundesregierung zur ‚Schutzzone‘ in Syrien**

Nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am (gestrigen) Dienstag von einer Schutz- (oder Sicherheits?)Zone im Norden Syriens gesprochen hat, war zunächst unklar, was die Regierungschefin damit gemeint haben könnte - und ob sie damit eventuell einen Vorschlag der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer vom vergangenen Jahr aufgriff. Die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer hat die Aussage erläutert: Von einer - ggf. militärisch durchzusetzenden - Schutzzone ist keinesfalls die Rede. Zur Dokumentation angesichts der weit reichenden Interpretationen die Aussagen aus der Bundespressekonferenz vom Mittwoch im Wortlaut (neben Demmer äußerten sich Rainer Breul für das Auswärtige Amt und Oberst Tilman von Plüskow für das Verteidigungsministerium):

Quelle: [Augen geradeaus!](#)

dazu: Pufferzonen im Luftraum

Russland und die Türkei einigen sich auf Waffenstillstand in Idlib - ohne Beteiligung Deutschlands und der EU.

Die Bemühungen Berlins, die Notlage der Flüchtlinge in Idlib zur Gewinnung von Einfluss in Nordsyrien zu nutzen, sind erneut gescheitert. Am gestrigen Donnerstag einigten sich der russische Präsident Wladimir Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdoğan auf einen Waffenstillstand für Idlib, der vom heutigen Freitag an gelten soll. Zuvor hatte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel um die Teilnahme an dem Gipfeltreffen bemüht; Berliner Politiker hatten darüber hinaus gedroht, zur

Durchsetzung einer "Schutzzone" in Idlib Sanktionen gegen Russland zu verhängen - beides vergeblich. Gelänge es Moskau, den Waffenstillstand zu stabilisieren, dann wären wichtige Bedingungen erfüllt, um Syriens Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Dessen ungeachtet wurden gestern Abend auf einem Treffen der EU-Außenminister Forderungen nach einer Flugverbotszone laut; der EU-Außenbeauftragte verlangte eine "Pufferzone im Luftraum". Bedauernswert sei, dass die Union zwar "die Sprache der Macht sprechen" wolle, aber noch nicht über die Mittel dazu verfüge.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

3. **„Erhebliche Gefahr“ - Kanzleramt warnte Merkel früh vor der Pkw-Maut**

Bedenken gegen die Pkw-Maut gab es von Anfang an. Experten im Kanzleramt wiesen immer wieder auf europarechtliche Risiken des CSU-Projekts hin. Die Verkehrsminister Dobrindt und Scheuer konnten ihre Pläne jedoch bis zum Debakel durchziehen.

Quelle: [Welt Online](#)

dazu: Andreas Scheuer: Einblicke ins Innenleben eines Getriebenen

Spätestens seit dem Maut-Desaster ist der Verkehrsminister Deutschlands unbeliebtestes Regierungsmitglied. Was macht das mit einem einstigen Überflieger?

Quelle: [Handelsblatt](#)

4. **Gesundheitspolitik ist jetzt wichtiger als Wirtschaftspolitik**

Einige fordern, mit Steuersenkungen und Konjunkturlösungen müssten die Folgen der Coronavirus-Krise für die Wirtschaft eingedämmt werden. Doch das ist gar nicht nötig. Wird wegen des Erregers nun eine Dienstreise abgesagt, die schon geplant war, nervt das. Wenn die Hotelübernachtung bereits bezahlt war, kostet das Geld. Nerven und Geld zu verlieren, gehört aber zum unternehmerischen Risiko. Termine werden auch abgesagt, wenn sich der Geschäftspartner das Bein beim Skifahren gebrochen hat. Viele rufen jetzt danach, dass der Staat etwas macht. Doch Deutschland braucht derzeit weder Steuersenkungen noch Konjunkturlösungen, um die Folgen der Infektionswelle einzudämmen. Häufig fordern die politischen Lager nun nur, was sie schon vor dem Coronavirus gefordert haben. Für die wirtschaftspolitische Diskussion wäre hier mehr Transparenz besser. Wer für Steuersenkungen ist, darf sich gerne dafür einsetzen und erklären, wofür der Staat dann weniger Geld ausgeben soll - aber bitte nicht das Virus als Anlass vorschieben. Das Gleiche gilt für Konjunkturprogramme. Wer dafür ist, das deutsche Wachstum mit Staatsgeld zu stützen, sollte nicht "Corona" rufen, sondern lieber vorrechnen, woher die Milliarden

kommen können und wohin sie fließen sollen.

Quelle: [Süddeutsche](#)

Anmerkung unseres Lesers S.B.: *Ein Kommentar wie ein Faustschlag in die Gesichter aller "Wirtschafts-Liberalen". Alleine der Hinweis auf das "unternehmerische Risiko" hat mir schon den Tag versüßt. Doch das grundsätzliche Argument ist viel umfassender. Es ist ja völlig legitim, wenn man als Partei z.B. dafür eintritt, den Solidaritätszuschlag komplett abzuschaffen. Die entscheidende Frage sollte immer sein, wie man dies begründet. Und die "Gunst" der immer panischer werdenden Corona-Stunde zu nutzen, um eine schon lange vorher geäußerte Forderung plötzlich als "Anti-Krisen-Paket" zu verkaufen, ist mindestens unredlich. Und die originäre Aufgabe der Medien ist es doch, genau dies herauszuarbeiten. Wer sollte es denn sonst tun?*

5. Klimapaket verfehlt Klimaziel

Nun ist es regierungsoffiziell: Das Klimapaket der Bundesregierung genügt nicht, um das deutsche Klimaziel für 2030 zu erreichen. Statt einer CO₂-Reduktion um 55 Prozent werden nur 51 bis 52 Prozent erreicht, sagen heute vom Umwelt- und vom Wirtschaftsministerium vorgelegte Gutachten voraus. Deren Annahmen sind allerdings zweifelhaft.

Quelle: [Klimareporter](#)

6. Bürger empfinden Deutschland als extrem ungerecht

Drei von vier Deutschen halten die Kluft zwischen Arm und Reich laut einer SPIEGEL-Umfrage für ungerecht groß. Die Ungleichheit wird auf dem Land deutlich anders erlebt als in der Stadt. [...]

Eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag des SPIEGEL unter rund 5000 Menschen in Deutschland verdeutlicht nun erneut: Drei von vier Befragten halten die materielle Ungleichheit in Deutschland für ungerecht. Nur 17 Prozent empfinden sie hingegen als gerecht. Dabei machen sie übrigens keinen Unterschied zwischen der Verteilung von Einkommen und Vermögen – Civey hatte zwei getrennte Fragen dazu gestellt. Die Antworten fallen hingegen fast identisch aus:

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

Anmerkung unseres Lesers H.K.: *Das Ergebnis dieser Umfrage macht deutlich, dass Bodo Ramelow sich irrt. Es gibt keine Grenze zwischen der AfD und den sogenannten demokratischen Parteien. Bei den politischen Präferenzen in Sachen Ungleichheit sitzen CDU/CSU, FDP und AfD in einem Boot. Da muss die LINKE mal deutlicher den Mund aufmachen.*

dazu: Wie die ökonomische Globalisierung die Einkommensungleichheit beeinflusst

Seit den 1980er-Jahren steigt die Einkommensungleichheit sowohl in Industrieländern als auch in Schwellenländern an. Eine gewichtige Rolle zur Erklärung steigender Ungleichheit wird „der Globalisierung“ zugeschrieben. Analysiert man die einschlägige wissenschaftliche Literatur, so zeigt sich, dass ökonomische Globalisierung einen kleinen bis mittelgroßen die Einkommensungleichheit erhöhenden Effekt hat - der jedoch weniger durch den verstärkten Austausch von Waren und Dienstleistungen als durch die finanzielle Globalisierung zu erklären ist. Einer der fundamentalsten und robustesten Trends seit den 1980er-Jahren ist der Anstieg der Einkommensungleichheit, der sowohl in entwickelten als auch in Schwellenländern festzustellen ist. Es liegen mehrere Erklärungen vor, um die zunehmende Einkommensungleichheit innerhalb der Nationalstaaten zu erklären. Eine dieser Erklärungen betrifft die ökonomische Globalisierung: In den letzten Jahrzehnten standen Fragen, wie sich die zunehmende Marktintegration in den Bereichen internationaler Handel und Finanzen auf die Einkommensungleichheit in der ganzen Welt ausgewirkt hat, im Mittelpunkt von sozialwissenschaftlichen Kontroversen. Die akademische Wissenschaft hat dabei zu einer schnell wachsenden Literatur beigetragen.

Quelle: [A&W Blog](#)

7. Vonovia macht MilliardenGewinn

Der Gewinn steigt auf 1,2 Milliarden, die Dividende um 13 Cent: Deutschlands größtes Wohnungsunternehmen macht glänzende Geschäfte. Daran ändert auch der Berliner Mietendeckel wenig.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

***Anmerkung unseres Lesers H.K.:** Schade, dass es kein funktionierendes deutsches und europäisches Kartellrecht gibt. Zu diesem Thema könnte sich die neue SPD-Spitze mal profilieren.*

8. Skandal: DIE LINKE will Reiche erschießen!

Heuchlerischer Aufschrei der Befürworter von Mord und Totschlag

Auf einer Konferenz der LINKEN hat eine Teilnehmerin gesagt: „Energiewende ist auch nötig nach der Revolution. Und auch wenn wir dat eine Prozent der Reichen erschossen haben, ist es immer noch so, dass wir heizen wollen.“ (Siehe Video <https://bit.ly/2VSOTxg>) Es ist eindeutig erkennbar, dass die Frau einen Witz machen

wollte, der leider daneben ging und geschmacklos war. Dem Parteivorsitzenden Riexinger dämmerte, dass dieser Beitrag von den Schreikampf-Medien missbraucht werden könnte und er sagte unbeholfen: „Wir erschießen sie nicht, wir setzen sie schon für nützliche Arbeit ein.“

Jetzt gings richtig los. Der CDU-Generalsekretär Ziemiak entrüstete sich: „Erschießen oder Arbeitslager. Unfassbar!“ Die Schreikampf-Medien quer durch die Republik unter Führung von Bild und Spiegel empörten sich und sahen sich wieder bestätigt: DIE LINKE ist nicht regierungsfähig. Wir wissen: In Deutschland ist nur regierungsfähig, wer für Krieg und Sozialabbau ist.

Diese Reaktion zeigt wieder einmal die oft unglaubliche Verlogenheit und Heuchelei in der öffentlichen Debatte. Diese „Moralapostel“ befürworteten die Lieferung von Waffen an Saudi-Arabien, womit viele Menschen im Jemen getötet werden. Sie befürworteten die Beteiligung der Bundeswehr an den Kriegen in Afghanistan oder Syrien, wo Hunderttausende ums Leben gekommen sind. Sie befürworteten Sanktionen, die wie in Venezuela innerhalb eines Jahres zum Tod von 40.000 Menschen führen. Und selbstverständlich sind sie mitverantwortlich für den Sozialabbau, der zu prekären Arbeitsverhältnissen und Hungerrenten führte und viele Menschen in die Verzweiflung treibt.

Diese Scheinheiligkeit ist wirklich unfassbar. Die Unterstützung von Mord und Totschlag ist fester Bestandteil der „westlichen Wertegemeinschaft“ und der selbsternannten „demokratischen Mitte“. Wer leichtfertig über das Erschießen von Reichen „plappert“, erntet die „tiefe moralische Empörung“ der „Moralapostel“, die Waffenlieferungen, Krieg und Sozialabbau für einen unverzichtbaren Bestandteil einer verantwortungsbewussten Politik halten.

Quelle: [Oskar Lafontaine via Facebook](#)

9. **Joe Bidens Erfolg erfreut Investoren**

Der moderate Demokrat Joe Biden hat den bekennenden Sozialisten Bernie Sanders bei den US-Vorwahlen übertrumpft. Die Börsenkurse steigen – besonders bei privaten Krankenversicherungen.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

***Anmerkung unseres Lesers H.K.:** Besser kann der Spiegel seine eigene Verkommenheit nicht dokumentieren. Da sind weder politische Sensibilität noch ökonomischer Sachverstand erkennbar.*

10. **Enders und die Bombe**

Kaum war seine Zeit als Chef des Rüstungsriesen Airbus beendet, heuerte Tom Enders als neuer Vorsitzender der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ an (siehe

IMI-Standpunkt 2019/022). Nun nutzt er die Gelegenheit und steigt ebenfalls in die Debatte um eine mögliche Europäisierung des französischen Atomwaffenarsenals ein (siehe IMI-Standpunkt 2020/4b). In der Zeit schreibt er: „Die Bundesregierung darf aber eine sich rapide verändernde Wirklichkeit nicht ignorieren. Um es im Gegenteil klar zu sagen: In Zeiten einer bröckelnden transatlantischen Allianz, in denen die US-Regierung Außenpolitik eher als Bilanzrechnung betrachtet denn als Langfristinvestment, ist die Zeit reif für einen mutigen Schritt hinein in eine neue europäische Sicherheitsarchitektur. Zu ihr gehört ein eigener Atomschirm. [...] Allerdings ist der Aufbau einer schlagkräftigen Europäischen Verteidigungsunion ohne nukleares backing schlechterdings nicht vorstellbar. [...] Der erste Schritt in diese Richtung kann eine Nuklearkooperation zwischen Frankreich und Deutschland sein. Sollten die Franzosen den Deutschen mindestens vergleichbare Bedingungen für eine nukleare Teilhabe anbieten, wie dies die Vereinigten Staaten bisher tun, dann sollte die Bundesregierung auf diesen Weg einschwenken. [...] Gut, dass Macron die Bundesregierung nun dazu zwingt. Denn eine verantwortliche deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss die nuklearen Optionen der Bundesrepublik Deutschland realpolitisch und nüchtern diskutieren. Keine Option sollte von vornherein als tabu gelten. [...] Deswegen sollte die Bundesregierung das Angebot Macrons beherzt aufgreifen.“

Quelle: [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Diese sogenannten Sicherheitsexperten trauen sich wohl (noch) nicht, deutsche Atomwaffen direkt - ohne Umweg EU - zu fordern. In Vergessenheit scheint ihnen geraten zu sein, dass Deutschland im Zwei-Plus-Vier-Vertrag den Verzicht auf Herstellung und Besitz von Atomwaffen bekräftigt hat.*

11. **Defender Pacific: Gelder eingestellt**

Das aktuelle US-Großmanöver Defender 2020, bei dem Truppen quer durch Europa an die russische Grenze verlegt werden, wird auf US-Seite geschätzte Kosten von 340 Mio. Dollar verursachen (siehe IMI-Analyse 2020/02). Die Übung hat einen Partner: Immer im Wechsel soll künftig entweder in Ostasien oder in Europa eine Großübung (und dementsprechend dann am anderen Ende der Welt eine kleine Übung) stattfinden. Wie defenseneWS berichtet, wird die Ostasien-Übung noch eine kleine Größenordnung über dem aktuellen EU-Pendant liegen: “The U.S. Army is requesting \$364 million to conduct a division-sized exercise in the Indo-Pacific region in fiscal 2021, the service confirmed to Defense News. [...] Defender Europe will be scaled back in FY21. The Army is requesting just \$150 million to conduct the exercise in Europe, according to the Army.”

Quelle: [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#)

Anmerkung Christian Reimann: *So bleiben beide Regionen in Unruhe und die "Partner" vor Ort unter Kontrolle der USA. Die "Übungen" könnten doch auch mal in den USA stattfinden ...*

12. **Warum tauchen die nächtlichen Polizei-Einsätze nicht im Protokoll auf?**

Erst am Nachmittag nach dem Anschlag wollen die Behörden einen Hinweis auf Anis Amri gehabt haben. Doch zwei Polizei-Einsätze in der Nacht an der Fussilet-Moschee werfen Fragen auf. Warum werden sie im offiziellen Protokoll an keiner Stelle erwähnt?

Quelle: [Welt Online](#)

13. **Inhalte endgültig überwunden?**

Wann haben wir eigentlich als Gesellschaft zuletzt über soziale Ungerechtigkeit und den Niedriglohnsektor gesprochen. Ja, das sind Sorgen, die es immer noch gibt. Falls jemand meinte, dass wir das überwunden hätten: Sorry, nein - wir haben es offenbar nur überwunden, darüber noch zu sprechen. Bei Google habe ich dann mal die beiden Schlagworte eingetippt. In den letzten Wochen sind die Einträge rar. Kleine Publikationen haben was dazu geschrieben. Bei den Leitmedien: Fehlanzeige. Dort haben wir es momentan ganz besonders mit der Union zu tun. Deren Krise, Niederlagen, Selbstzerfleischung und Kandidatensuche füllen die Seiten. Armin Laschet, Norbert Röttgen oder Friedrich Merz: Wer darf den Nachlassverwalter mimen? Mit diesem schier sozialdemokratischen Theater soll die Volkspartei errettet werden. Denn das ist nämlich ein Programm, das man sonst nur von den Sozis kennt. Seit Jahren geht es bei denen exakt so zu, wie jetzt bei den Christdemokraten.

Quelle: [Heppenheimer Hiob](#)

14. **Neue Schullektüren in Ungarn: Imre Kertész ist aus dem Lehrplan gestrichen**

In Ungarn gilt ein neuer Lehrplan, der für eine andere Schullektüre sorgt: Texte des Nobelpreisträgers Imre Kertész zum Beispiel wurden gestrichen, dafür sollen die Schüler antisemitische Autoren lesen.

„Imre Kertészs ‚Roman eines Schicksalslosen‘ ist der wichtigste Roman ungarischer Literatur“, sagt die Autorin Noémi Kiss. Allerdings soll das Buch, das vom Holocaust erzählt, nicht mehr in der Schule gelesen werden. Auf dem neuen Lehrplan, der seit Januar gilt, fehlt der einzige Literaturnobelpreisträger des Landes, aber auch Namen wie Péter Esterházy und Péter Nádas sucht man vergeblich.

Stattdessen finden sich dort nationalistische und antisemitische Autoren, wie etwa Ferenc Herczeg, Lőrinc Szabó und der verurteilte Kriegsverbrecher Albert Wass.

„Populistische Heimatliteratur“, nennt Noémi Kiss diese Bücher. Abgesehen von der

bedenklichen Tendenz der Werke findet sie diese Literatur auch „sehr langweilig“: „Ich würde nicht meine Kinder quälen, diese Texte zu lesen.“ Der Lehrplan sei altmodisch und sie bezweifelt, dass Kinder durch diese Lektüre zur Literatur finden werden.

Quelle: [Deutschlandfunk Kultur](#)